

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 28 (1952-1953)

Heft: 9

Artikel: Die Unterstützung der Arbeit des SUOV bei den Parlamentariern [Schluss]

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-705469>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

packte und den Kopf gegen die Wand des Bahnhofes zerschmetterte ...»

«... Unsere Arbeit bestand darin, die Kohlen, die abgesprengt wurden, auf Stahlbänder zu laden. Diese Arbeit in gebückter Stellung im Wasser, in einfacher Sträflingskleidung, neun Stunden ohne Unterbrechung und ohne Nahrung... 4500 Menschen treten an, um 350 km zu Fuß zurückzulegen. Menschen, die ausgepumpt, ausgehungert, viele ohne Fußbekleidung, Alte, Kranke usw. Es geht los, im hohen Schnee, der eisige Wind pfeift durch unsere dünne Kleidung. Und ununterbrochen werden wir angetrieben. Keine Nahrung, kein Wasser. Jede Sekunde hören wir einen Schuß, ein Maschinengewehr, das ununterbrochen arbeitet. Nach 24 Stunden Marsch ohne Pause sind von 4500 vielleicht noch 3000 am Leben... Und jetzt das Ende, das Schlimmste von allem. Die ... steckt 300 bis 400 Menschen in eine Holzbaracke und zündet diese an; vor der Baracke stand ein Mann mit einem Maschinengewehr und schoß jeden nieder, der aus der Baracke herauskam. Also verbrennen oder sich erschießen lassen. Durch einen Zufall bin ich noch am Leben, denn bevor

sich der Mann vor der Baracke stationierte, gelang es mir, mit zwei Kameraden ins Klosett zu springen, und so standen wir sieben Stunden lang im Dreck bis an den Hals, bis wir befreit wurden...»

Diese knappen Schilderungen aus authentischen Quellen werden bei uns nie gerne gelesen. Wir drücken vor dem Elend der Welt, das auch uns eines Tages blühen könnte, wenn es uns nicht gelingt den Krieg von unseren Grenzen fern zu halten, gerne den Kopf in den Sand des Ueberflusses, des bequemen, selbst die Not des Nächsten nichtachtenden Lebens. Wir laufen in Gefahr, ein unzufriedenes und auch undankbares Volk zu werden. Um unserer Sicherheit willen haben wir die Pflicht, immer wieder aufzurütteln und keine Opfer, weder den letzten Blutstropfen im Kriege, noch den

materiellen Besitz im Frieden, zu scheuen, um dieses namenlose und grauenhafte Elend unserem Lande und unseren Lieben zu ersparen.

Tolk.



(Schluß.) Die Unterstützung der Arbeit des SUOV bei den Parlamentariern

Bundespräsident Kobelt, Chef des EMD, widersetzte sich mit dem Präsidenten der nationalrätlichen Finanzkommission diesem Antrag, ähnlich der Stellungnahme beim Antrag Freimüller am Vortage, der zu Gunsten der zivilen Turn- und Sportverbände sprach. Nachdem aber den zivilen Turn- und Sportverbänden mit ihren Einkünften, die wie z. B. die Gelder aus dem Sport-Toto, die den Militärvereinen in höchst bescheidenen Beträgen zur Verfügung stehen, vom Nationalrat die volle Bundessubvention zugesprochen wurde, hätte man vom Chef des EMD erwarten können, daß er auch den Militärvereinen und ihrer Arbeit Gerechtigkeit widerfahren lasse und dafür eintrete, auch ihnen den vollen Bundesbeitrag zuzusprechen.

In der Abstimmung unterlag der Antrag Clavadetscher mit 53 gegen 52 Stimmen. Dieser Zufallsentscheid ist dem Umstand zuzuschreiben, daß sich einige, der Sache unserer Unteroffiziere sympathisch und aufgeschlossen gegenüberstehende Rats Herren zur Zeit der Abstimmung nicht im Saale befanden. Sie glaubten, daß der Antrag Clavadetscher auch ohne ihre Stimme als selbstverständlich angenommen werde, nachdem der Rat schon gegenüber den zivilen Turn- und Sportvereinen so großzügiges Entgegenkommen gezeigt hatte. Deprimierend ist aber die Tatsache, daß unter den Räten Männer Nein stimmten, die selbst Unteroffiziere sind und einigen Sektionen des SUOV recht nahe stehen.

Vom Nationalrat ging das Budget in der folgenden Woche an den

Ständerat, wo sich bereits in der ständerätlichen Finanzkommission einige Ratsherren dafür einsetzten, daß dem SUOV in Anerkennung seiner besonderen Leistungen auf dem Gebiete der außerdienstlichen und freiwilligen Kaderausbildung der volle Bundesbeitrag belassen werde. Der Sprecher der Finanzkommission, Nationalrat Fauquez (Waadt), vertrat in der Erläuterung der Posten des Militärdepartements den Antrag der Kommission, dem SUOV den vollen Beitrag von 57 000 Franken zu belassen.

Ständerat Lusser (Zug) präzierte sodann, daß der Antrag der Finanzkommission betr. die Militärvereine ausschließlich dem Schweizerischen Unteroffiziersverband zugute kommen soll. Der Rat schloß sich diesem Antrag der Finanzkommission an. Damit war der Bundesbeitrag des SUOV im Ständerat gerettet; die stoßende Ungerechtigkeit, die den Unteroffizieren im Nationalrat widerfuhr, stand vor ihrer Behebung. Das Budget ging dann zum Ausgleich der Differenzen an den Nationalrat zurück.

Hier hatte sich in erster Linie wiederum die nationalrätliche Finanzkommission zuerst damit zu befassen. Sie stellte dem Rate zu Beginn der dritten Sessionswoche den Antrag, dem Beschluß des Ständerates zu folgen und den Bundesbeitrag an den Schweizerischen Unteroffiziersverband auf der bisherigen Höhe zu belassen, also von der vom Bundesrat empfohlenen Streichung von 10 Prozent abzusehen. Diesem Antrag seiner Finanzkommission stimmte der Nationalrat in der er-

sten Stunde seiner dritten Sessionswoche ohne Gegenstimme zu. Damit haben sich die eidgenössischen Räte auf die Seite des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes gestellt.

Darf man hier von Subventionen sprechen?

Die ganze Angelegenheit hat den Berichterstatter keineswegs froh gestimmt. Trotz dem erfreulichen Erfolg für den SUOV bleibt ein bitterer Nachgeschmack zurück. Nicht nur der SUOV, alle militärischen Vereine der verschiedensten Waffengattungen und Tätigkeitsbereiche, die seit Jahr und Tag einen wertvollen Beitrag zur außerdienstlichen und freiwilligen Ertüchtigung unserer Armee leisten, hätten es verdient, den vollen Beitrag zur weiteren Förderung ihrer auch von höchsten Stellen immer und immer wieder als wichtig und wertvoll anerkannten Arbeit zu erhalten und nicht durch Abstriche vor den Kopf gestoßen zu werden. Wir erinnern daran, was hier bereits zu Beginn unseres Berichtes gesagt wurde, daß sich die militärischen Vereine loyal der Konsequenz dieser Abstriche unterziehen wollten. Es war aber ihr Recht und ihre Pflicht, sich zu wehren, als den zivilen Turn- und Sportvereinen, die über allerhand Einnahmen verfügen, die den militärischen Vereinen mangeln, vom Nationalrat der volle Bundesbeitrag zugesprochen wurde.

Bei den Bundesbeiträgen an die militärischen Vereine, die wie z. B. der SUOV ernsthafte Ausbildungsarbeit im Interesse der Schlagkraft

der Armee leisten, handelt es sich im Grunde nicht um Subventionen, sondern um Budgetposten, die im Interesse der Ausbildung ausgegeben werden. Es wäre dringend zu wünschen, daß Mittel und Wege gefunden werden, damit die militärischen Vereine unseres Landes in Zukunft von diesem Markten und Ränkespiel um die Bundesbeiträge verschont werden. Ihre Arbeit und der Einsatz von Zehntausenden von Wehrmännern aller Grade und Waffengattungen im Dienste von Volk und Armee, verdient dieses Vorgehen nicht. Es wäre anzuregen, daß diese Beiträge in Zukunft, ähnlich dem Budgetposten Nr. 376.51 für die außerdienstliche Weiterbildung der Truppe, direkt in das Budget der Gruppe für Ausbildung aufgenommen werden und nicht mehr als umstrittene Bundesbeiträge aufge-

führt werden. In der Praxis ist es ja heute schon so, daß die Gruppe für Ausbildung im EMD durch das OKK für jeden an die militärischen Vereine und Verbände im Dienste der außerdienstlichen und freiwilligen Tätigkeit ausgegebenen Franken Rechenschaft fordert und jeder unsachgemäßen Verwendung dieser Gelder entgegenarbeitet. Mit Recht kann auch einmal mehr unterstrichen werden, daß die 126 000 Franken, die heute als Bundesbeiträge an die militärischen Vereine unseres Landes gehen, zu den bestausgenützten Budgetposten des Eidg. Militärdepartements gehören. Ueber den Gehalt der rein technischen und körperlichen Ausbildungswerte hinaus, mehren diese Beiträge das unbezahlbare Kapital guten Willens und des selbstverständlichen Einstehens für die Landesverteidigung in allen

Schichten unseres Volkes, ohne die auch die beste Rüstung dem Lande wenig zu helfen vermöchte. Ueber diese Werte haben sich die verantwortlichen Instanzen einmal klar zu werden und den Weg zu weisen, der unsern militärischen Vereinen als Trägern der außerdienstlichen und freiwilligen Tätigkeit die Erschütterungen erspart, der sie durch die unerfreuliche Sachlage der Beitragskürzungen und der folgenden Debatten im Nationalrat ausgesetzt waren. Es ist billig, an wehrsportlichen und vaterländischen Veranstaltungen mündliches Lob und Anerkennung zu verteilen, die Zehntausende von Wehrmännern aller Grade, Waffengattungen und Landesteile aber dann im Stiche zu lassen, wenn sie einmal der Unterstützung durch die Tat bedürfen.

Zankapfel Triest

Brennpunkt eines gefährlichen Zwiespaltes im westlichen Lager

(Schluß.)

Bis jetzt haben wir nur von der Hafenstadt Triest, also von der Zone A gesprochen; wir haben nur die eine Hälfte des Problems berührt. Die flächenmäßig doppelt so große Zone B bildet unter jugoslawischer Besetzung die andere Hälfte des so umstrittenen Triestiner Problems. Beide Zonen bilden zusammen das sogenannte «Freie Territorium Triest». Zwischen beiden Zonen bestehen aber Paß- und Zollgrenzen, was eindrücklich für diese Art von «Freiheit» spricht.

Die Zone B, die sich nach der jugoslawischen Besetzung immer mehr von der A-Zone abschloß, führt seit dieser Zeit ein Eigendasein, das auf die Behebung der Kriegsschäden, der Ankurbelung der Wirtschaft und der Arbeit ausgerichtet ist. Die Industrie war bis heute unbedeutend, das Landschaftsbild ist vom Leben der Bauern und Fischer geprägt. Die Landschaft am Rande des istrischen Karstes ist überaus reizvoll. Eine ganze Reihe kleiner Ferienorte verfügen über schöne Strandbäder, neue oder renovierte Hotels und Restaurants. Die Fremdenindustrie, die heute mit allen Mitteln gefördert wird, ist in ihrer Entwicklung durch den Umstand gehemmt, daß die Italiener während des Abessinienkrieges aus Rohstoffmangel die einzige dortige Bahnlinie abbrechen.

Aus eigener Beobachtung kann gesagt werden, daß das Leben in der B-Zone, den politischen Streitigkeiten und Aufwieglern entrückt, ruhiger und gemächlicher verläuft. Durch die Tatsache, daß alle drei einheimi-

schen Sprachen, italienisch, slowenisch und kroatisch, gleichberechtigt sind, sind auch die sprachlichen Schwierigkeiten geringer. Jugoslawien hat bis heute in seiner Zone über 6 Milliarden Dinar für Wiederaufbauzwecke investiert, womit zahlreiche Dörfer aus der Rückständigkeit erwahten und z. B. mit Elektrizität versorgt werden konnten. Die Betriebe werden von Arbeiterkommissionen verwaltet und arbeiten unter Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten auf eigene Rechnung. Im Zuge der jugoslawischen Wirtschaftsreform, der die Zone B vorerst als Experimentierfeld galt, wurden auch die Kleinbetriebe, Pensionen und Hotels ihren früheren Besitzern zurückgegeben. Die in der A-Zone herrschende Arbeitslosigkeit hat auch dazu geführt, daß in aller Stille früher in der B-Zone wohnhafte Italiener mit ihren Familien dorthin zurückkehren und dort Aufnahme finden. Die Beobachtung, daß in der jugoslawischen B-Zone hart und zielbewußt gearbeitet und nicht in den Tag hinein gelebt wird, macht neben dem alle sozialen Unterschiede und Schattierungen aufweisenden und durch eine oft künstliche Prosperität genährten Leben der A-Zone einen recht beruhigenden und zuversichtlichen Eindruck.

Fassen wir die Eindrücke aus dem Freistaat Triest zusammen, kann gesagt werden, daß die heutige Lösung des zwischen Italien und Jugoslawien stehenden Territoriums immer noch besser ist, als ein voreiliger, aus der Realität und Not von

heute geborener Entschluß, der Italien unverdient einseitig begünstigen, Jugoslawien und seine Kriegssopfer vor den Kopf stoßen und die Triestiner selbst benachteiligen würde. Marschall Tito hat unlängst selbst seine Bereitwilligkeit bekannt gegeben, auf die Zone B von Triest zu verzichten, wenn Italien dafür den Freistaat anerkennt, das heißt selbst auf seine Forderungen verzichten würde. Dieser Vorschlag wurde trotz seiner auf der Hand liegenden Realität durch die Italiener mit beißendem Hohn abgewiesen.

Nicht uninteressant ist zu vernehmen, daß von österreichischer Seite der Vorschlag ventilert wurde, Triest wie vor 1918 in irgendeiner Form mit Oesterreich zu verbinden, das mit diesem Vorschlag keinerlei «imperialistische» Neigungen verbindet und auch nicht allein historische Erinnerungen pflegt. Dieser Vorschlag entbehrt nicht einer gewissen gesunden Realität, wenn wir damit die uns zuletzt zugegangenen Zahlen vergleichen, nach denen 82 Prozent aller Einfuhren im Hafen von Triest nach Oesterreich gehen und 64 Prozent aller Ausfuhren aus Oesterreich stammen.

Im Interesse der westlichen Solidarität und der Wahrung der berechtigten Interessen aller drei, Italien, Jugoslawien und Oesterreich, die von denjenigen überschattet werden, die unter dem Begriff «Freies Europa» zusammengefaßt werden können, ist zu hoffen, daß doch noch eine für alle Teile tragbare Lösung gefunden wird.

-th.